



Haushaltsrede Landkreis 2016/17

**Sehr geehrter Herr Landrat Wolff, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren**

Das vergangene Jahr wird den Mitgliedern des Kreistages, Herrn Landrat Wolff und natürlich auch der Landeskreisverwaltung mit ihren Mitarbeiter/innen, wohl noch lange in Erinnerung bleiben.

Aufgrund größter Raumnot und mangels anhaltender Unterbringungsmöglichkeiten der Flüchtlinge, wurde sogar Vorsorge getroffen, den „großen Sitzungssaal“ für die Flüchtlingsunterbringung vorzubereiten. Vielen regionalen Zeitungen, aber auch dem Spiegel und Spiegel online war dies eine Meldung wert.

Die Flüchtlingszahlen sind erfreulicherweise zurückgegangen. Zur Zeit kommen ca. 138 Menschen pro Monat in unseren Landkreis. Das heißt, es leben Stand September 2016 ca. 2.508 Flüchtlinge in 75 Gemeinschaftsunterkünften.

Nach wie vor kann der Landkreis bzw. die Kommunen auf sehr viel ehrenamtliche Hilfe zurückgreifen. Ohne diese phänomenale Unterstützung wäre das Chaos perfekt. Deshalb möchte ich/wir die FDP an dieser Stelle uns auch dieses Jahr wieder bei allen ehrenamtlichen Helfer/innen ganz herzlich für ihre große Unterstützung bedanken und wir hoffen auch weiterhin auf ihre Mithilfe, denn eines ist sicher „Auf Ihre Unterstützung sind wir angewiesen!“

Große Probleme bereiten dem Landkreis, aber vor allem den Kommunen, die Anschlussunterbringung. Hier stehen wir vor der großen Herausforderung bezahlbaren Wohnraum für die Flüchtlinge zu finden.

Doch dürfen wir nicht vergessen, dass sich auch unsere ansässige Bevölkerung in diesem Bereich sehr schwer tut. Insbesondere junge sozial bedürftige Familien.

Die Landesregierung sollte sich überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Standardvorschriften für sozialen Wohnungsbau nach unten zu fahren. Wir brauchen weitaus mehr Wohnungen, deren Mieten sozialverträglich sind. Selbst kommunale Bauträger tun sich äußerst schwer unter diesen hohen Standardnormen günstigen Wohnraum zu schaffen.

Für eine gute Integration ist es notwendig die Flüchtlingskinder möglichst schnell in Kindergärten und Schulen unterzubringen. Doch darf man auch hier nicht zu ungeduldig werden. Denn es sollte jedem klar sein, dass die Kommunen nicht auf diesen hohen zusätzlichen Bedarf eingestellt waren. Auf den Wartelisten stehen nicht nur Flüchtlingskinder, auch hiesige Familien haben einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz und die haben für uns den Vorrang. Auch darf man nicht außer Acht lassen, dass eine Integration nur dann Erfolg hat, wenn ein größerer Anteil an Kindern deutsch spricht, sonst kann keiner von einander lernen.

Die VHS, AWO und viele andere Einrichtungen tun alles was in ihrer Macht steht, um möglichst schnell vielen Asylbewerbern die deutsche Sprache zu vermitteln. Doch auch hier gibt es Hürden die gemeistert werden müssen. Finanzen, Personal und Räume wären hier zu erwähnen. Auf Seiten der Asylbewerber gibt es ein großes Analphabetentum, andere Kulturen und natürlich psychische Probleme. Das heißt, eine gute Integration braucht auch Zeit und das spiegelt sich im Arbeitsmarkt wieder. Wir sprechen hier von 5 bis 10 Jahren bis sich die Flüchtlinge in der hiesigen Arbeitswelt wieder finden.

Thema Waldeckhof

Die SAB betreut bzw. es arbeiten dort zwischen 120 bis 170 Menschen. Es sind Menschen die auch unsere Hilfe benötigen, obwohl sie nicht augenscheinlich behindert sind. Sie haben zu große seelische, psychische oder auch geistige Probleme um auf dem normalen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Auf dem Waldeckhof, in der Suppenküche, im Café am Göppinger Kornhausplatz usw. können diese Menschen beweisen, dass sie doch leistungsfähig sind, wenn auch auf einem anderen Niveau.

Von 2010 bis heute sind der SAB ca. 600.000€ jährliche Fördergelder gestrichen worden. Es ist nur dem unermüdlichen Einsatz der Geschäftsleitung Frau Woyta zu verdanken, dass die SAB bis jetzt überlebt hat. Nun aber ist der Abgrund da und wenn jetzt der Landkreis nicht in die Bresche springt, dann muss mit der Schließung gerechnet werden. Das Jobcenter und die Kommunen brauchen aber dringend einen Ort, wo die oben genannten Personen untergebracht werden. Das heißt, der Landkreis muss jetzt reagieren.

Wir werden hierzu einen Antrag stellen.

Thema Kultur:

Die FDP hat beim letzten Haushalt den Antrag gestellt, die Stauferfestspiele finanziell zu unterstützen.

Ein Jahr ist vergangen und wir haben noch keine offiziellen Vorschläge hierfür erhalten. Auch die diesjährigen Stauferfestspiele waren wieder ein voller Erfolg. Ca. 200 ehrenamtlich tätige, kulturbegeisterte Menschen haben wieder bewiesen, dass sie auch als Laien auf hohem kulturellen Niveau arbeiten. Von Stadt und Land kommen die Besucher in die Werfthalle nach Göppingen und in unseren Landkreis. Wir können nicht nur Lobeshymnen singen und wenn es dann finanziell klemmt, helfen wir nicht. Die FDP wird hierzu erneut einen Antrag stellen.

Thema Verkehr:

Bei der gesamten Entwicklung im Schienenverkehr sind wir der Meinung, im Hinblick auf die Einführung des Metropol Express, dass sich momentan eine deutliche Verschlechterung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und Ulm ergeben hat.

Vor allem für Zugreisende im oberen Filstal ist der Wegfall des Regio Express „RE“ eine Katastrophe.

Wenn wir jetzt erfahren, dass durch die Umstrukturierungsmaßnahmen die Zugverbindungen so katastrophal schlecht sind, dass der erhöhte Bedarf am Morgen und im nachmittäglichen Verkehr überhaupt nicht berücksichtigt wurde, dann müssen wir uns schon fragen: was haben die verantwortlichen Personen dabei gedacht oder auch nicht gedacht, wenn die Bahnverbindungen immer weiter an dem Bedarf der Menschen in der Region vorbei geplant werden.

Hier sind wir als Landkreis gefordert, weiterhin die Finger in die Wunden zu legen,

um eine insgesamt nachhaltige Verbesserung der Zugverbindungen zu erreichen. Falls uns das misslingt, brauchen wir uns ALLE nicht wundern, wenn es immer MEHR Verkehr auf unseren Straßen gibt, an aller erster Stelle Herr Minister Hermann, der uns weismachen will, dass wir in der Zukunft weniger Verkehr auf den Straßen haben werden. Gerade sein Ministerium sollte mehr Gas geben, damit die B10 bis Geislingen zügig weitergebaut wird und zwar vierspurig und nicht wie teilweise angedacht dreispurig.

Insbesondere bei der B10 vermissen wir den Schwung. Land und Bund schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Wir wissen und das zeigen die Erhebungen der IHK im Landkreis, dass die mittelständische Industrie, das Handwerk und die Menschen entlang der B10 dringend auf den Weiterbau der Ortsumfahrung warten. Dass das Verkehrsministerium bremst, hat die Kreistagsdelegation erst vor ein paar Wochen in Berlin erfahren. Dort wurde der Delegation aus verlässlichen Kreisen berichtet, dass zwar Gelder vorhanden sind, doch leider die notwendigen Planungen auf Landesebene vernachlässigt oder überhaupt nicht bearbeitet wurden.

Das Planfeststellungsverfahren für den neuen A8 Alaufstieg ohne Mautstation soll im Spätherbst 2016 wieder aufgenommen werden. Bei täglich sehr hohem Fahrzeugaufkommen, mit permanenten Stau am heutigen Alaufstieg wird das auch höchste Zeit. Die FDP im Landkreis fordert, dass an diesem Projekt mit Hochdruck gearbeitet werden muss.

Beim Radwegenetz werden 2017 ca. 100.000 € für Verbesserungen der Infrastruktur an den verschiedensten Stellen, sowohl im baulichen Bereich, als auch bei der Beschilderung eingeplant. Wir begrüßen diese Maßnahmen und möchten, dass der Landkreis im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten bei der Weiterentwicklung „am Ball bleibt“.

Thema Windkraft:

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass Windkraft in Baden-Württemberg keinen nennenswerten Beitrag zur Stromerzeugung leisten kann. Mit durchschnittlich weniger als 1.300 Jahresvolllaststunden erweisen sich Windräder im Südwesten, weder als wirtschaftliche noch als verlässliche Energiequellen. Wir von der FDP meinen der Beitrag zur Energiewende sollte bei der technischen Innovation, Energieeffizienz und der energetischen Gebäudesanierung gesucht werden. Windräder sollten nur noch dort entstehen, wo sie sich subventionsfrei rechnen. Wir meinen, dass der Altrauf über Gingen, Kuchen und Geislingen kein geeigneter Standort ist. Aus Sicht der FDP müssen alle Bürger und Unternehmen Zugang zu einer gesicherten und bezahlbaren Energieversorgung haben. Auch gehört der Schutz der Kultur- und Naturlandschaft zu unseren Zielen und nicht nur unter touristischen Aspekten.

Thema Biomüllkonzept:

Wieder ist ein Jahr vergangen und wir können nicht erkennen, dass an den Abfuhrterminen mehr Biobeutel am Straßenrand zu finden sind. Der Landkreis sammelt gerade mal 25% von der veranschlagten Menge Bioabfälle, die gesammelt werden müssten. Nach 1 ½ Jahren Biobeutel-Müllentsorgung kann man jetzt schon sagen, dass die Bevölkerung im Landkreis diese Art der Müllentsorgung nicht annimmt. Wenn der Landkreis will, dass die Bevölkerung den Biomüll vom Restmüll trennt, dann müssen wir uns etwas anderes einfallen lassen. Die FDP schlägt deshalb vor, jetzt ein neues Finanzkonstrukt zu berechnen. Die Biomüllentsorgung muss für die Bürger KOSTENLOS sein. Anzudenken wäre eine ausreichende Beutelmenge kostenlos mit dem

Gelben Sack zu verteilen. Bis Ende des Vertrags zur Biobeutelentsorgung in ca. 3 Jahren können wir nicht untätig zusehen, wie der Müll tröpfchenweise eingesammelt wird.

Beim Thema Gelber Sack war die Aussage des Bundesumweltministeriums, dass der Verpackungsabfall im Gelben Sack und Gelber Tonne bis zu 35% nicht wiederverwertet wird, sondern in der Verbrennungsanlage landet. Was ist an dieser Aussage dran, bzw. wie gehen wir damit um?

Thema: Albfilskliniken:

Unsere Kliniken arbeiten sehr hart an dem Ziel, 2018 die schwarze Null zu erreichen. Mit Unterstützung des gesamten Klinikpersonals, angefangen vom Reinigungspersonal bis zur Geschäftsleitung, kommen unsere Albfilskliniken jedes Jahr Stück für Stück diesem Ziel näher. Mit einem Planansatz von voraussichtlich -1,5 Mio.€ ist die schwarze Null greifbar nahe und wir denken auch zu schaffen.

Ob diese schwarze Null auf Jahre hinaus zu erreichen ist, lassen wir mal dahingestellt sein. Das Personal kann jedenfalls nicht unendlich am Limit arbeiten. Die positiven Zahlen müssen mit Umstrukturierungen im Arbeitsablauf und gerechten Ausgleichszahlungen von den Krankenkassen erreicht werden. Daran wird und muss auch weiterhin gearbeitet werden.

Die Mitfinanzierung der Albfilskliniken am Neubau in Höhe von € 80 Mio. sehen wir jedenfalls als kritischen Faktor an. Klar ist, dass sich die Albfilskliniken an der Finanzierung beteiligen müssen, ob die Höhe gerechtfertigt ist, bleibt abzuwarten.

Wir dürfen und wir haben keinen Luxusbau geplant, deshalb ist für die FDP klar, dass der Landkreis am Schluss für die gesamten Kosten aufkommen muss.

Dies ist auch in Ordnung so, denn ein Krankenhaus sollte für die Menschen da sein und diese Leistungen können nicht immer mit einer „Schwarzen Null“ gerechnet werden.

Beim Missbrauch der Notfallpraxen unterstützen wir den Vorschlag der FDP Landtagsfraktion. Zur Erhebung einer Gebühr für die Nutzung der Notaufnahmen durch die Kassenärztliche Vereinigung. Wir könnten uns auch vorstellen, dass die Krankenhäuser selbst die Gebühr erheben.

Es darf nicht sein, dass Personen die nicht akut erkrankt sind, unsere Notaufnahmen blockieren und die Menschen die eine wirkliche Hilfe benötigen, dadurch gefährdet werden. Zudem verursacht die Behandlung in der Notaufnahme sehr Kosten die nicht zu 100% von den Krankenkassen übernommen werden. Da braucht man sich über eine Verschuldung der Krankenhäuser nicht zu wundern.

Hier sollte der Landkreis auf die zuständigen Behörden einwirken.

Für den Erfolg unserer Albfilskliniken wäre an dieser Stelle zu erwähnen, dass wir alle hinter unseren Kliniken stehen müssen und einen guten Leumund abgeben. Mit den medizinischen Erfolgen in allen möglichen Abteilungen, können wir das auch ganz beruhigt tun.

Thema Finanzen:

Der Ergebnishaushalt 2017 weißt	283,4 Mio.€ aus.
Dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von	282,6 Mio.€.
Unsere Ergebnisrücklagen 2016 belaufen sich auf	55,5 Mio.€
und der Schuldenstand liegt zum 01.01.2017 bei	27,8 Mio.€.

Alles in allem können wir mit diesem Ergebnis absolut zufrieden sein. Unser Landrat

Herr Wolff und unsere Kämmerei mit Herrn Stolz empfehlen dem Kreisrat den Kreisumlage-Hebesatz auf 34,9 % festzulegen, mit dieser Entscheidung kann die FDP im Hinblick auf die kommenden sehr hohen Investitionen, dieses mal schweren Herzens mitgehen.

Gleichwohl möchten wir auf folgendes hinweisen:

Durch die Senkung der Kreisumlage haben die Kommunen erheblich mehr Geld zur Verfügung. Dieses Geld ist letztendlich der sehr guten Konjunktur, dem Engagement und dem Einsatz aller Gewerbetreibenden und deren Beschäftigten geschuldet. Deshalb sind wir der Ansicht, dass zumindest die Kommunen mit einem ausgeglichenen Finanzhaushalt, ihre Gewerbesteuersätze ebenfalls **herabsetzen könnten**.

Des Weiteren muss jeder Kommune klar sein, dass bis 2020 die Kreisumlage auf 40% steigen wird und das bei guten Steuereinnahmen. Verschlechtert sich die Konjunktur, was wir natürlich alle nicht wollen, dann steigt die Kreisumlage noch höher.

Wie jedes Jahr möchte ich an dieser Stelle Danke sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Seid 2 Jahren bin ich nun Kreisrätin und je mehr Einblick ich in die Arbeit des Landkreises habe, umso mehr wird mir bewusst, dass es viele Menschen gibt, die sich mit sehr großem Engagement für den Landkreis einsetzen. Deshalb werde ich jetzt bewusst nicht einzelne Personen hervorheben, sondern wende mich, auch im Namen der FDP Fraktion, an **alle** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt und **allen** anhängigen Betrieben und möchte Dank sagen, für die sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr, denn durch ihre Mitarbeit gewinnt der Landkreis und seine Bewohner unheimlich viel.

Ebenso bedanken wir uns bei Ihnen verehrte Kreistagskolleginnen und Kollegen und freuen uns auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit, auch im nächsten Jahr.

Göppingen, den 11. Nov. 2016

Susanne Weiß
Kreis- und Stadträtin Göppingen



FDP Anträge 2016/17

Antrag Nr.1

Wie steht es zur Zeit um die Familientreffs im Landkreis?
Wurden neue Gemeinden ermutigt mitzumachen?
Ist der Bereich der Familientreffs nach wie vor gut besucht?
Gibt es für die nahe Zukunft Änderungen?
Wir bitten um einen Bericht.

Antrag Nr. 2

Ab 2016 bietet der Landkreis die „Assistierte Ausbildung“ an. Wie hat sich der Ausbildungsmarkt dadurch verändert?
Wir bitten um einen Bericht.

Antrag Nr. 3

Die Kommunen benötigen zur Kinderbetreuung im Ü3 Bereich künftig durch die Flüchtlingskinder mehr Kindergartenplätze.
Welche Lösungen werden gesucht?
Wie geht man mit der Vorrangigkeit der eigenen Bürger um?

Antrag Nr. 4

Bei der Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung gGmbH (SAB) ist „Der Paritätische Landesverband Baden-Württemberg“ als Gesellschafter ausgestiegen. An seiner statt soll nun der Landkreis Gesellschafter werden. Dies fördert die Integrität der SAB gegenüber der Bevölkerung und vor allem der fördernden öffentlichen Ämtern.

Antrag Nr. 5

Der SAB sind in den letzten Jahren permanent jährliche Fördergelder in 6stelliger Höhe weggebrochen. Deshalb gilt es jetzt hier eine verlässliche Förderung des Landkreises zu sichern. Wir beantragen, dass über den Landkreis eine Sozialpädagogische Stelle für die SAB finanziert wird. (Jährl. Kosten ca. 50 – 60.000€)

Antrag Nr. 6

Die Biomüll-Entsorgung muss für die Bürger kostenlos sein. Wenn wir wollen, dass unsere Bürger diese unliebsame Entsorgungsart auch umsetzen, dann darf dies nicht auch noch Kosten verursachen.
Wir fordern, dass 2017 eine neue Finanzberechnung erfolgt, in der die kostenlose Biomüll-Entsorgung beinhaltet ist. Verteilung einer bestimmten Menge an Biomüllbeuteln

Antrag 7

Werden auch in unserem Landkreis Gelbe Säcke verbrennt?

Antrag 8

Erneuter Antrag zur Förderung der Staufer Festspiele. Wir beantragen hiermit, die Staufer-Festspiele mit einmalig mind. € 15.000,- zu unterstützen. Des Weiteren ihnen eine jährliche Summe aus einem Kulturbudget zu zusichern.

Antrag 9

Überfüllte Notfallaufnahmen:

Diskussion im Landkreis über die generelle Erhebung von Gebührensätzen, um dann anschließend auf die zuständigen Behörden einzuwirken.

Antrag 10

Die Kreisbrandmeisterstelle ist derzeit personell unterbesetzt.

Das Aufgabengebiet von unserem Kreisbrandmeister Herrn Prof.Dr.-Ing. Reick, wird immer umfangreicher.

Viele neue und für unsere Hilfsdienste, Feuerwehren und Gemeinden im Landkreis wichtige Aufgaben kommen hinzu. Um die ehrenamtlichen Strukturen daher zu erhalten und zu unterstützen benötigen die Feuerwehren eine intensive Zuarbeit.

Der Landkreis muss bei den Großbaustellen kompetent vertreten werden, sei es bei der DB Schnellbahntrasse oder beim Alaufstieg der BAB A8. Auch für die Gebäude des Landkreises ist eine Unterstützung in grundlegenden Fragestellungen regelmäßig erforderlich. Der Landkreis kann in diesen Bereichen bei kompetenter und vorausschauender Planung viel Geld sparen und in anderen Bereichen ist eine richtige Weichenstellung für den Landkreis von **erheblicher Bedeutung. Um dies alles bewältigen zu können benötigt der Fachbereich**

1. Eine zusätzliche Stelle im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst oder Verwaltungsstelle.
2. ½ Stelle im Bereich der Bürokommunikation mit guten EDV Kenntnissen.

Göppingen, November 2016

i.A.Susanne Weiß
Kreis- und Stadträtin Göppingen